

Gemeinwohl verpflichtet

Zur Kolumne „Sehr geehrter Bundestagsabgeordneter Max Straubinger!“ von Prof. Dr. Martin Balle vom 3. Februar:

Sehr geehrter Prof. Dr. Balle (...). Vor vier Jahren haben die Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt (...). Von der wirtschaftlichen Seite haben Sie das (...) beklagt. Deshalb haben die Zeitungsverlage, wie andere Branchen auch, von der Politik Erleichterungen bei der Umsetzung eingefordert. Dies ist das gute Recht der Wirtschaft. CDU/CSU wie ich als Arbeitsmarktpolitiker haben versucht, Aufzeichnungspflichten und Bürokratie zu begrenzen. Das war mit der SPD leider nicht zu erreichen. Zusätzlich gab es den Wunsch der Verlage, nur verminderte Sozialversicherungsbeiträge bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu zahlen (...). Unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung der wirtschaftenden Betriebe ist die Fraktion der CDU/CSU dem Wunsch der Verlage nicht nähergetreten. Meinen Einfluss in dieser Frage habe ich Ihnen gegenüber nicht verheimlicht oder abgestritten. Mir allerdings dafür die alleinige Verantwortung zuzuschreiben, das ist unbegründet, ja abwegig.

Jetzt wird von den Verlagen anlässlich der Koalitionsverhandlungen der gleiche Vorstoß unternommen. (...) Bei der letzten Fraktions-sitzung, auf die Sie sich wohl beziehen, habe ich den Wunsch der Zeitungsverleger nicht abgelehnt, sondern von der Fraktion eingefordert, dann auch ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge für die Hilfsdienste wie Rotes Kreuz, Diakonie, Caritas, Pflegeeinrichtungen und ebenso bei Sport und Kultur sowie Traditionsvereinen zuzulassen. (...) Das ist nicht nur ein Gebot der Gleichbehandlung, sondern soziale Verpflichtung. Dem Gemeinwohl dienende Einrichtungen brauchen die gleiche Entlastung wie die Wirtschaft. Da sehe ich auch meinen Auftrag als Sozialpolitiker. Wer mir das vorwirft, der vertritt eben nur Partikularinteressen und hat nicht die Gesamtheit der Betroffenen im Auge. Genau das aber ist Pflicht der Politiker, die nicht Einzelinteressen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

Auch hier gilt: Die Entscheidung trifft die Koalition und nicht ein Einzelner. Dass Sie mich erneut an den Pranger stellen wollen, weil ich nicht bedingungslos nur Ihre Interessen vertrete, sondern die Einrichtungen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich ebenfalls berücksichtige, das ist einseitig. (...)

Max Straubinger
Bundestagsabgeordneter (CSU)
94405 Landau